Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Jean Monnet Professor for European Economic Integration; Chair for Macroeconomics; President of the European Institute for International Economic Relations at the University of Wuppertal, (Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371), Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn, Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC
welfens@eiiw.uni-wuppertal.de , www.eiiw.eu **EIIW 2015 = 20 Jahre preisgekrönte Forschung**

3.11.2014 Podiumsdiskussion *Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen*
K33, Lehrveranstaltung Makroökonomik, Prof. Welfens

Die Wirtschaft der Volkswirtschaften von EU und USA stehen in der Summe für rund die Hälfte des Welteinkommens, ein Drittel des Welthandels und 60% der Bestände an ausländischen Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen. Daher sind die Verhandlungen zwischen Brüssel und Washington über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen von größter Bedeutung.
Die zwischen der EU und den USA seit 2013 laufenden Verhandlungen zu einem Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (engl. TTIP= Transatlantic Trade and Investment Partnership) bringen die Chance darauf, dass die ökonomisch gesehen größten Volkswirtschaften der Welt die Basis für Handelsausweitung und Einkommensgewinne legen: Nach vorliegenden Studien werden auf beiden Seiten des Atlantiks Handelszuwächse erwartet, zudem auch eine Realeinkommenserhöhung von 0,5% über eine Dekade gerechnet. Hinzu kommen allerdings gemäß der neuen Studien „Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen“ (2014 Lucius Verlag) von Prof. Welfens und Mitarbeitern Vorteile aus einem mehr an transatlantischen Investitionen multinationaler Unternehmen und auch ein Zuwachs an Innovationsdynamik, die sich aus dem intensivierten Wettbewerb in einer Transatlantischen Freihandelszone ergeben wird. Dr. Stephan Koppelberg, Leiter der Europäischen Vertretung in Bonn, betonte, dass die neue Europäische Kommission unter Präsident Juncker, die gerade Anfang November ins Amt gekommen ist, den Verhandlungen zu TTIP große Aufmerksamkeit widmen wird und von erfolgreichen Verhandlungen Vorteile für Verbraucher und Unternehmen, inklusive Mittelstand, zu erwarten sind. Frau Hendrike Kuehl von der TABC - dem Transatlantic Business Council, dass Großunternehmen aus den USA und der EU umfasst - erklärte in ihrer Stellungnahme, dass auf beiden Seiten des Atlantiks ein großes Interesse an erfolgreichen Verhandlungen bestehe; dabei erwarten die Unternehmen, dass nicht nur Zölle und nichttariffäre Handelshemmnisse abgebaut werden, sondern auch der Investorschutz durch Investitionsschutzabkommen verbessert wird. Von der Einführung gemeinsamer Regulierungen und Standards sowie besserer geistiger Eigentumsrechte im Kontext von TTIP seien auch höhere Investitionen und damit mehr Jobs zu erwarten. Herr Daniel Glas von der Bayer AG betonte, dass für EU-Unternehmen neben geringen Handelsschranken vor allem auch einheitliche Standards bzw. Regulierungen – etwa bei Zulassungsverfahren von Chemie- und Pharmaprodukten – hilfreich sein sollten; Kosteneinsparungen bei Unternehmen bedeuteten dann auch verminderte Preise für die Kunden. Da erhebliche Teile des Außenhandels den Handel mit Vorprodukten beträfen, wäre die Schaffung eines

Transatlantischen gemeinsamen Marktes mit Vorteilen für die Produktionskosten bzw. mit einer Produktionsausweitung auf beiden Seiten des Atlantiks verbunden.
Prof. Welfens betonte, dass die vorliegenden Schätzungen zu den ökonomischen Vorteilen von 0,5% des Bruttoinlandsproduktes zu gering seien, da zusätzliche wichtige Aspekte bei TTIP einzubeziehen seien: Die EU und die USA als größte Quellenländer von Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen werden auch auf beiden Seiten des Atlantiks verstärkt investieren, was mit einem Wissens- und Technologietransfer verbunden sei. Auch der schärfere Wettbewerb werde zu mehr Innovationsdynamik führen, so dass die ökonomischen Vorteile für die EU wie die USA deutlich höher sein dürften, als die in der offiziellen Kommissionsstudie genannten 0,5% des Realeinkommens. Die Kritikpunkte von den Verbraucherverbänden seien in Teilbereichen durchaus stichhaltig, im Übrigen sei es zweifelhaft, dass ein Investitionsschutzabkommen notwendig ist; die Arbeitsstandards in der EU gelte es zu sichern. Bei den Verhandlungen gebe es rote Linien, die man verteidigen müsse, aber letztlich sei ein Kompromiss notwendig. Ob Präsident Obama nach den anstehenden Zwischenwahlen am 4. November dann eine „Handelsautorisierung“ vom Kongress erhalten werde, bleibe abzuwarten – mit einem solchen Schritt kann der Kongress dann einen TTIP-Vertragsentwurf nur mit Ja oder Nein beantworten, also nicht Einzelklauseln aus dem Vertragswerk mit Änderungen herausbrechen. Ein TTIP-Abschluss stehe für eine historische Chance, die die EU und die USA nutzen sollten; Vorteile seien gerade auch für mittelständische Weltmarktführer zu erwarten, gerade auch solche aus dem Bergischen Städtedreieck. Dabei gebe es auch eine Verantwortung gegenüber Drittländern – etwa den Entwicklungsländern: Hier seien die EU und die USA gefordert, diesen Ländern insbesondere bei der Umsetzung neuer anspruchsvollerer Standards zu helfen, die sonst als neue Handelshürden wirkten. Ein TTIP, das Vorteile für Europa, die USA und Drittländer bringt, wäre sehr wünschenswert. Von Seiten der Studierenden kamen zahlreiche Fragen zu den Feldern Investitionsschutzabkommen, Verbraucherschutz, Kultur und auch Datensicherheit, aber auch zur Vergleichbarkeit von TTIP mit dem zwischen der EU und Kanada gerade ausgehandelten Freihandelsabkommen.